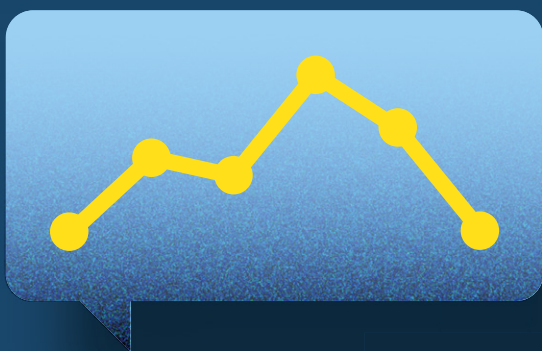


Selbstverständlich europäisch 2026

Souverän, kooperativ, ambitioniert:
Erwartungen an die deutsche Europapolitik

Dr. Maria Skóra und Georg McCutcheon



Selbstverständlich europäisch 2026

Souverän, kooperativ, ambitioniert:
Erwartungen an die deutsche Europapolitik

Dr. Maria Skóra und Georg McCutcheon

Eine Publikation der
Heinrich-Böll-Stiftung,
Oktober 2026
In Kooperation mit
Das Progressive Zentrum

 HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

DAS
PROGRESSIVE
ZENTRUM

Inhalt

Zusammenfassung 4

1 Die Langzeitstudie im politischen Kontext 7

2 Aufbau und Methodik der Studie 9

3 Auswertung der Umfrageergebnisse 10

3.1 Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen trotz Skepsis gegenüber finanziellem Beitrag 10

3.2 Prioritäten für zusätzliche EU-Investitionen verschieben sich: Verteidigung sinkt, Klima und Soziales steigen 12

3.3 Aktive Rolle bleibt gefragt; Kooperation wird stärker wahrgenommen – aber weniger gewünscht 14

3.4 Mehrheit für Kompromisse statt Alleingänge – doch nicht auf Kosten von Blockaden 15

3.5 Vertrauen in die EU zur Bewältigung von Krisen wird in fast allen Bereichen bestätigt 17

3.6 Hoher Rückhalt für gezielte Maßnahmen zur Stärkung europäischer Industrie; Kosten werden in Kauf genommen 18

3.7 Klare Mehrheit für mehr Unabhängigkeit von den USA; geteilte Ansichten über Zielbild neuer Partnerschaften 19

3.8 Knappe Mehrheit gegen EU-Erweiterung; AfD-Lager der treibende Faktor 21

3.9 Mehrheit gegen eine Lockerung der Klimaziele 22

4 Politische Ableitungen und Handlungsempfehlungen 23

Literaturverzeichnis 26

Die Autor*innen 28

Impressum 28

Zusammenfassung

Die Europäische Union (EU) steht vor richtungsweisenden Aufgaben: Sie muss ihre Industrie von heute wettbewerbsfähiger machen und in die Technologien von morgen investieren; sie muss ihre Verteidigungsfähigkeit stärken, den nächsten langfristigen EU-Haushalt aufstellen, über die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten entscheiden, neue (Handels-)Partnerschaften schließen und den Kampf gegen den Klimawandel voranbringen. Deutschland kommt bei der Umsetzung dieser Aufgaben eine zentrale Rolle zu. Die Bundesregierung hat den Anspruch formuliert, in der EU eine starke Führungsrolle zu übernehmen. Doch wie sehen die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands die Rolle ihres Landes in der EU? Wie stehen sie grundsätzlich zur Mitgliedschaft? Wo liegen aus ihrer Sicht inhaltliche Prioritäten, und was ist ihre Haltung zu zentralen europapolitischen Zukunftsfragen? Die vorliegende Studie hat das Ziel, diese Perspektiven empirisch zu erfassen und eine Debatte über die Zukunft der deutschen Europapolitik zu fördern. Durch ihren Langzeitcharakter misst sie mögliche Veränderungen im Selbstbild und den Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger. Sie dient damit als Referenz für die Ausrichtung deutscher Europapolitik und liefert Kontext und Orientierung für die Gestaltung europapolitischer Maßnahmen.

Die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Umfrage

Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen; EU-Ebene kann Krisen lösen

Die Einstellung der Befragten zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands bleibt mehrheitlich positiv. Eine solide Mehrheit (63 %) sieht eher Vorteile als Nachteile. Nach Ansicht der Befragten können aktuelle Krisen eher auf EU-Ebene (54 %) als auf nationaler Ebene (38 %) gelöst werden. Dies gilt für alle Politikfelder (mit Ausnahme der Wirtschaft): Klima- und Umweltschutz (65 %), Verteidigung (63 %), Außenpolitik (59 %), Migration/Asyl (57 %), Digitales/KI (52 %) und Wirtschaft (35 %).

Aktives Auftreten gewünscht; Mehrheiten für Kompromisse und Vorreiterkoalitionen

Die Befragten sind mehrheitlich davon überzeugt, dass sich die Bundesregierung in der EU eher aktiv (68 %) verhalten sollte. Eine Mehrheit (59 %) befürwortet zudem, dass gemeinsame Entscheidungen für ein starkes Europa getroffen werden sollten, auch wenn Deutschland dafür Kompromisse eingehen muss. Wenn Vetos Kompromisse blockieren, sollten laut 72 % der Befragten Vorreiterkoalitionen gebildet werden dürfen, bei denen sich Mitgliedstaaten untereinander zusammenschließen, um ohne die anderen voranzugehen.

Neue Prioritäten für zusätzliche EU-Investitionen: Verteidigung sinkt; Klima und soziale Absicherung steigen

Während der deutsche Beitrag zum EU-Haushalt in seiner Höhe allgemein skeptisch gesehen wird, befürworten die Befragten dennoch mehr gemeinsame Ausgaben in konkrete Politikfelder. An erster Stelle steht dabei die innere Sicherheit (41 %). Die Präferenz für zusätzliche Verteidigungsausgaben hat stark abgenommen – von 52 % im Jahr 2025 auf 31 % im Jahr 2026. Zwei weitere Prioritäten sind dafür deutlich nach oben gerückt: soziale Absicherung (23 % auf 39 %) sowie Klima- und Umweltschutz (25 % auf 37 %).

Rückhalt für Maßnahmen zur Stärkung europäischer Industrie trotz Kosten

Es gibt eine hohe Zustimmung für industrie- oder handelspolitische Instrumente, die die europäische Wirtschaft stärken und eigenständiger machen sollen. So stimmen 88 % zu, dass die EU dafür sorgen sollte, „dass wichtige Güter in Europa selbst hergestellt werden, auch wenn das erst mal teurer ist“ (*Onshoring*). 77 % meinen, dass bei öffentlichen Aufträgen in der EU „bevorzugt europäische Produkte gekauft werden sollen, auch wenn sie teurer sind“ (*Buy European*). Von Zöllen auf billige Importe aus China, auch wenn manche Waren dadurch teurer werden, sind 65 % überzeugt.

Unabhängigkeit von den USA gefordert; Befragte uneins zur Grundlage neuer Bündnisse und EU-Erweiterung

Laut 76 % der Befragten sollte Europa neue Partnerschaften anstreben und unabhängiger von den USA werden. Eine knappe relative Mehrheit von 49 % wünscht sich, dass sich diese neuen Bündnisse eher daran orientieren, dass sie gemeinsame Werte wie Demokratie und Menschenrechte stärken. Dagegen sagen 47 %, dass neue Partnerschaften eher auf den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Nutzen für die EU ausgerichtet sein sollten. Eine Erweiterung der EU um die Ukraine, Moldau und Länder des westlichen Balkans wird skeptisch gesehen: Nur 40 % der Befragten befürworten eine Aufnahme neuer EU-Mitglieder, während 49 % dies ablehnen.

Mehrheit gegen eine Lockerung der Klimaziele

Eine Mehrheit von 62 % fordert von der Bundesregierung, sich in Brüssel für das Festhalten an den EU-Klimazielen einzusetzen (36 %) oder noch ambitioniertere Ziele zu verfolgen (26 %). Dahingegen wünschen sich 33 % der Befragten von der Bundesregierung, dass sie sich für eine Lockerung der EU-Klimaziele einsetzt.

Trends und politische Empfehlungen

Europas kooperative Souveränität aufbauen

Der Wunsch nach europäischer Souveränität zieht sich als Leitmotiv durch die Ergebnisse – sowohl mit Blick auf die innere Handlungsfähigkeit und die Eigenständigkeit der heimischen Industrie als auch auf die Unabhängigkeit von den USA. Die deutsche Europapolitik sollte eine kooperative europäische Souveränität aufbauen, die nicht auf Abschottung setzt, sondern auf diversifizierte, nutzen- und werteorientierte Partnerschaften.

Den Binnenmarkt vertiefen und Europas Industrien stärken

Die Bundesregierung sollte eine europäische Wirtschaftspolitik unterstützen, die den Binnenmarkt durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Kapitalmarktunion vertieft und die europäische Industrie durch gemeinsame Investitionen und passende industriepolitische Instrumente in ihrer Eigenständigkeit stärkt. So wird die EU als kompetente Akteurin zur Lösung wirtschaftlicher Herausforderungen gestärkt und das Potenzial des Binnenmarkts sichtbar.

Europas Verteidigungsindustrie integrieren; hohe Kosten und Monopole vermeiden

Im Bereich Verteidigung sollten europäische Integration und Kosteneffizienz im Mittelpunkt stehen. Statt national gedachter Zielvorgaben und einer Fokussierung auf die Produkte und Marktanteile der regionalen Industrie sollte Deutschland einen klaren europäischen Ansatz verfolgen, ausgerichtet auf Kosteneffizienz, Interoperabilität und die Vermeidung von Abhängigkeiten, Monopolen und Übergewinnen.

Keinen Ambitionsverlust bei den Klimazielen zulassen; die soziale Dimension der EU stärken

Der Anteil an Befragten, der sich mehr gemeinsame Ausgaben in den Bereichen soziale Absicherung und Klima- und Umweltschutz wünscht, ist im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen. Eine klare Mehrheit der Befragten unterstützt das Ambitionsniveau der EU-Klimaziele. Die deutsche Europapolitik sollte deshalb die soziale Dimension der EU stärken und die europäischen Klimaziele aktiv verteidigen.

Den EU-Haushalt auf europäischen Mehrwert ausrichten

Statt die Nettobilanz des EU-Haushalts in den Mittelpunkt zu stellen, sollte die Bundesregierung den Nutzen gemeinsamer Investitionen sichtbarer machen, den Finanzierungsbedarf europäischer Lösungen vermitteln und einen effizienten Mitteleinsatz mit Fokus auf EU-Mehrwert sicherstellen. Dafür sollte sie das von der Kommission vorgeschlagene Volumen als Zielmarke unterstützen und sich an der Suche nach neuen EU-Eigenmitteln beteiligen.

1 Die Langzeitstudie im politischen Kontext

Die deutsche, europäische und globale Politik steht weiterhin vor der Herausforderung, zahlreiche sich überlagernde Krisen zu bewältigen. Im zweiten Jahr der laufenden Amtszeit von US-Präsident Trump hat sich der Riss im transatlantischen Bündnis deutlich vertieft. Vor allem die erratische Zollpolitik der USA sowie die wiederholten Signale, die militärische Präsenz in Europa zu reduzieren, haben das Vertrauen in die USA als verlässlichen Partner erschüttert. Annexionsdrohungen gegenüber Grönland haben diesen Vertrauensverlust noch verstärkt.

Auch Russlands Vollinvasion der Ukraine dauert unvermindert an und geht mit brutalen Angriffen einher. Die Sicherheitslage in Europa hat sich grundlegend verschärft, vor allem durch die von Russland ausgehende hybride Kriegsführung.

Im Nahen Osten ist nach den Angriffen der USA und Israels auf den Iran ein neuer Krieg ausgebrochen. Dieser hat die Region weiter destabilisiert und die größte Störung der weltweiten Energieversorgung seit der Energiekrise der 1970er-Jahre ausgelöst. Die Weltwirtschaft wird dadurch massiv beeinträchtigt. Daraus resultierende Versorgungsschocks treiben derzeit die Verbraucherpreise in die Höhe, mit gravierenden Folgen für die Lebenshaltungskosten (vgl. Eurostat 2026).

Unterdessen haben die Hitzerekorde, Brände und Dürren des vergangenen Sommers einmal mehr die sich dramatisch zuspitzende Klimakrise vor Augen geführt.

In vielen EU-Mitgliedstaaten – so auch in Deutschland – stehen wichtige Industriezweige wirtschaftlich unter starkem Druck. Haupttreiber sind hohe Energiekosten und chinesische Exporte, die durch staatlich subventionierte Überkapazitäten begünstigt werden. In diesem Zusammenhang treten die Schwächen der Europäischen Union (EU) noch deutlicher zutage, die auf Abhängigkeiten in zahlreichen Bereichen zurückzuführen sind. Gleichwohl sollte der Blick nicht nur auf die Anfälligkeiten der EU gerichtet werden. Als Staatenverbund mit rund 450 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern liegt die EU demografisch global an dritter Stelle; ihr Binnenmarkt ist gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) der zweitgrößte der Welt. Insbesondere gegenüber den USA hat die EU Trümpfe im Ärmel. Dazu zählen sowohl Technologieführerschaft bei Produkten wie z. B. Turbinen oder Maschinen für die Halbleiterproduktion, die für den Aufbau von digitaler Infrastruktur unverzichtbar sind, als auch der Zugang zum Binnenmarkt für US-Unternehmen (vgl. Sigl-Glöckner et al. 2026).

Die aktuelle Ausgabe der Studie steht sowohl im Zeichen bevorstehender als auch vergangener Wahlen. Mit dem deutlichen Wahlsieg der AfD in Sachsen-Anhalt hat eine rechtsextreme Partei in Deutschland zum ersten Mal seit dem Ende des Nationalsozialismus eine reale Chance, in einem Bundesland die Macht zu übernehmen. In Frankreich gilt ein Wahlsieg des rechtsextremen *Rassemblement National* bei der für das

Frühjahr 2027 angesetzten Präsidentschaftswahl als mögliches Szenario. Auch in Italien und Polen wird nächstes Jahr gewählt, und die spanischen Parlamentswahlen wurden auf November 2026 vorgezogen. Damit stehen in vier der fünf größten EU-Mitgliedstaaten Wahlen an – mit erheblichem Potenzial für grundlegende Veränderungen der Machtverhältnisse im Europäischen Rat.

Erste Veränderungen haben sich bereits durch die wegweisende Parlamentswahl in Ungarn im April dieses Jahres ergeben. Nach 16 Jahren an der Macht wurde die autoritäre und euroskeptische Regierung Viktor Orbáns abgewählt. Auch die Entwicklungen in den USA stimmen zuversichtlich. Die im November 2026 anstehenden Zwischenwahlen werden das Kräfteverhältnis im Kongress mutmaßlich zugunsten der Demokraten verschieben – allerdings verbunden mit dem Risiko, dass die Politik des US-Präsidenten noch unberechenbarer wird.

Die genannten Herausforderungen haben erhebliche Auswirkungen auf Deutschland und die Europäische Union. Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung den Anspruch formuliert, in der EU eine starke Führungsrolle zu übernehmen. Bislang fällt die europapolitische Bilanz dieses Kabinetts jedoch gemischt aus. Zwar bemüht Bundeskanzler Friedrich Merz Europa oft in seiner Rhetorik, in der Abstimmung mit den europäischen Partnerländern und in der Stoßrichtung ihrer politischen Vorhaben fehlt es der Koalition bislang aber an europapolitischer Weitsicht und Ambition. Exemplarisch hierfür steht die Forderung der Bundesregierung nach Kürzungen im Rahmen der laufenden Verhandlungen über den nächsten EU-Haushalt (Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR). Statt Impulse für eine Vertiefung und Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit im Sinne europäischer Souveränität zu setzen, verfolgt die Regierung vor allem nationale Strategien und Interessen – frei nach dem Motto: Was gut ist für Deutschland, wird schon auch gut für Europa sein.

Vor diesem Hintergrund hat die vorliegende Studie das Ziel, die Debatte über die Zukunft der deutschen Europapolitik zu fördern und empirisch fundiert zu differenzieren. Sie beleuchtet die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu Deutschlands Rolle in der Europäischen Union, zum Auftreten der Bundesregierung in Brüssel und zu ihrer Haltung zu zentralen europapolitischen Zukunftsfragen inmitten der genannten Herausforderungen. Durch ihren Langzeitcharakter misst sie zudem mögliche Veränderungen im Selbstbild und in den Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger.

Im Mittelpunkt stehen folgende Fragen: Wird die Bundesregierung als aktiv in Brüssel wahrgenommen, bzw. sollte sie es sein? Sollte sie sich eher kooperativ oder dominant verhalten? Überwiegen aus Sicht der Befragten die Vor- oder Nachteile der EU-Mitgliedschaft? Wo sehen die Befragten Prioritäten für gemeinsame Ausgaben, und haben sich diese verändert? Wie bewerten sie den deutschen Beitrag zum EU-Haushalt? Welche Politikfelder sollten ihrer Meinung nach national, welche europäisch gelöst werden? Und wie steht es um das Verhältnis zwischen der EU und den USA? Die Studie dient damit als Referenz für die Ausrichtung deutscher Europapolitik und liefert Kontext und Orientierung für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger bei der Gestaltung europapolitischer Maßnahmen.

2 Aufbau und Methodik der Studie

Der Fragebogen besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil enthält Fragen, die jedes Jahr identisch gestellt werden, und untersucht vor allem das Selbstbild der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf Deutschlands Auftreten und Rolle in der EU. Dieses Selbstbild wird in drei Dimensionen gemessen, die 2019 auf Basis von Fokusgruppen entwickelt und 2021 und 2025 erneut überprüft wurden: die politische Rolle Deutschlands in der EU (z. B. aktiv oder passiv), finanzpolitische Aspekte (z. B. der deutsche Beitrag zum EU-Haushalt) und die EU-Mitgliedschaft an sich (z. B. Vor- und Nachteile). Die Dimensionen greifen auf, was die Teilnehmenden der Fokusgruppen selbst herangezogen haben, um Deutschlands Rolle in der EU, die deutsche Europapolitik und die eigene Haltung dazu zu beschreiben. Für die aktuelle Erhebung wurde der Katalog der Langzeitfragen leicht gekürzt. Der zweite Teil umfasst jährlich wechselnde Fragen zu aktuellen europapolitischen Themen und knüpft damit an die Debatten an, die gerade geführt werden.

Für die vorliegende Studie hat pollytix strategic research gmbh im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung zwischen dem 27. August und dem 4. September 2026 3.023 Personen online (CAWI, Computer Assisted Web Interviewing) befragt. Die Stichprobe ist nach den Vorgaben der amtlichen Statistik gewichtet. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger Deutschlands ab 18 Jahren. Der statistische Fehler der Gesamtergebnisse liegt zwischen $\pm 1,1$ und $\pm 1,8$ Prozentpunkten. Alle Prozentwerte sind ohne Nachkommastelle ausgewiesen. Zusammengefasste Werte, etwa „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“, werden aus den gerundeten Einzelwerten gebildet. Rundungsbedingt können Summen in einzelnen Abbildungen geringfügig von 100 Prozent abweichen. Bei einigen Fragen waren Mehrfachnennungen möglich. In den Abbildungen werden geringfügige Werte für „weiß nicht“ nicht berücksichtigt.

Die Langzeitfragen werden seit 2019 erhoben, bis 2025 durch ein anderes Institut. Mit der Ausgabe 2026 wechselte die Erhebung zu pollytix. Stichprobenziehung, Fallzahl und Umfang des Fragenkatalogs unterscheiden sich, sodass Unterschiede zwischen 2025 und 2026 auch methodisch bedingt sein können. Die Zeitreihen zeigen daher die langfristige Richtung einer Entwicklung. Veränderungen über den Wechsel hinweg werden zurückhaltend interpretiert. In den Abbildungen mit Zeitverlauf markiert eine gestrichelte Linie den Wechsel.

3 Auswertung der Umfrageergebnisse

Der Langzeitverlauf der Studie zeigt, dass die Veränderung des politischen Klimas in Deutschland und das Erstarken rechter Kräfte sich auch in den europapolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln. Die Auswertung nach Parteipräferenz offenbart in vielen Fällen eine Kluft zwischen den demokratischen Parteien und dem Lager der AfD. Diese Kluft zeigt sich nicht nur in politischen Standpunkten oder thematischen Prioritäten, sondern besonders eindeutig in der allgemeinen Haltung gegenüber der EU, ihren Vor- und Nachteilen sowie Fragen zur weiteren europäischen Integration.

3.1 Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen trotz Skepsis gegenüber finanziellem Beitrag

Die Einstellung der Befragten zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands bleibt mehrheitlich positiv – trotz oder vielleicht gerade wegen der anhaltenden Krisen: wirtschaftliche Stagnation, Russlands andauernder Angriffskrieg in der Ukraine und geopolitische Umbrüche. Eine solide Mehrheit (63 %) sieht eher Vorteile als Nachteile in der EU-Mitgliedschaft, während 32 % die gegenteilige Meinung (s. Abbildung 1). Der seit 2019 gemessene langfristige Trend zeigt, dass zwar das 2019 verzeichnete Zustimmungshoch (75 %) nachgelassen hat, die Bilanz der EU-Mitgliedschaft jedoch überwiegend positiv bleibt und diese Tendenz gegenüber dem vergangenen Jahr leicht gestiegen ist. Die pro-europäische Stimmung ist bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen (94 % sehen eher oder eindeutig Vorteile), bei Menschen mit höherer Bildung (79 %) und bei jungen Befragten (18–29 Jahre: 78 %) deutlich überdurchschnittlich. Mit Blick auf den Wohnort sehen Menschen in Westdeutschland (64 %) in geringem Maße mehr Vorteile als Menschen in Ostdeutschland (58 %). Die Ost-West-Differenz ist mit rund 6 Prozentpunkten damit auf dem niedrigsten Stand seit 2019. Die euroskeptische Stimmung ist im AfD-Lager am stärksten (68 % sehen eher oder eindeutige Nachteile).

Dies ist auch insofern interessant, als der finanzielle Beitrag Deutschlands zum EU-Haushalt seit 2020 mehrheitlich als „zu hoch“ angesehen wird und diese Einschätzung 2026 mit 62 % wieder den Höchstwert der Langzeiterhebung von 2024 erreicht (s. Abbildung 2). Allerdings ist auch anzumerken, dass sich diese Stimmung seit 2023 nicht maßgeblich verstärkt hat (2023: 58 %; 2024: 62 %; 2025: 59 %; 2026: 62 %). Dennoch stehen diese Werte in starkem Kontrast zur ersten Erhebung aus dem Jahr 2019, als das Verhältnis noch umgekehrt war und mehr Befragte den deutschen Beitrag als „angemessen“ (51 %) statt als „zu hoch“ (37 %) empfanden. Der Anteil der Befragten, die den Beitrag für zu gering halten, ist marginal und seit dem Jahr 2019 von 10 % auf nunmehr 3 % zurückgegangen. Die Einschätzung, Deutschland zahle „zu viel“, findet sich besonders ausgeprägt bei AfD-Wählerinnen und -Wählern (eher oder eindeutig zu hoch: 88 %).

Abbildung 1 Überwiegen bei der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU Ihrer Meinung nach eher die Vorteile oder eher die Nachteile?

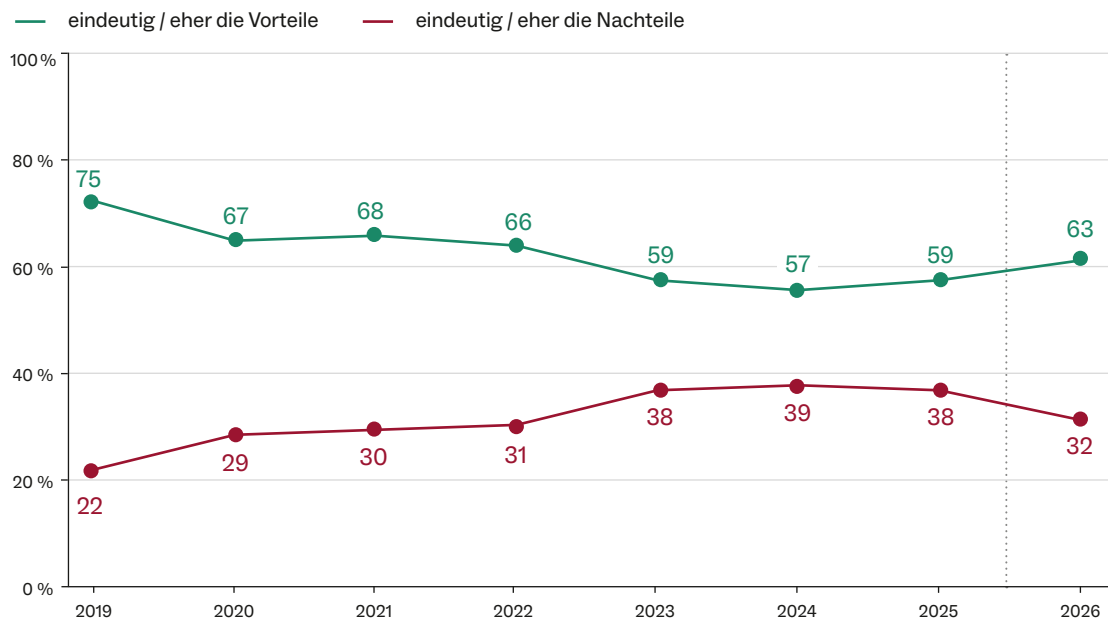
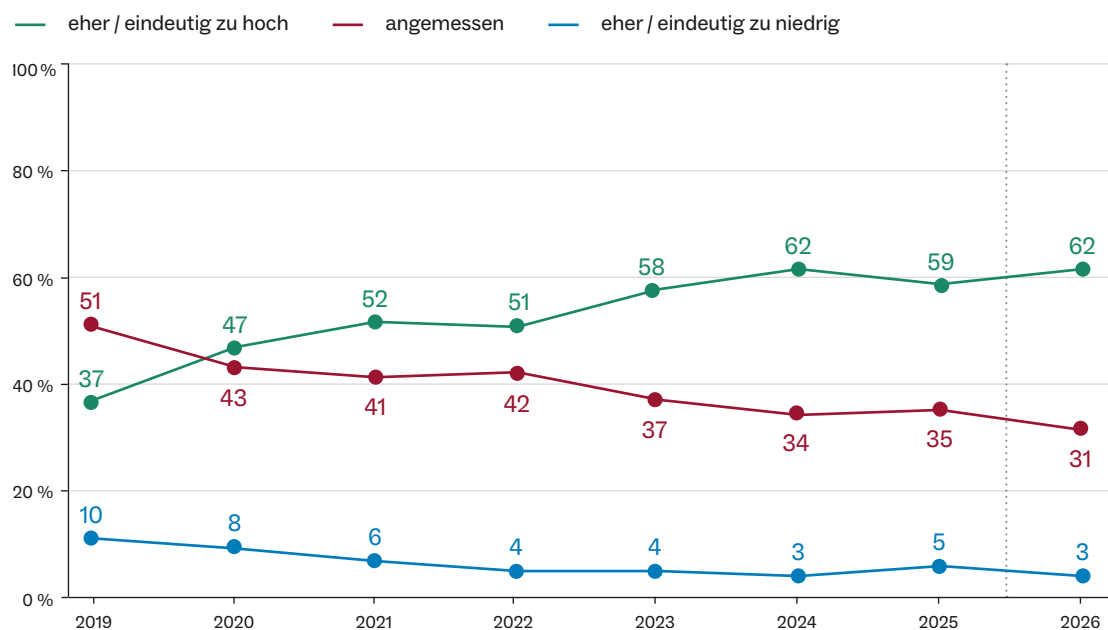


Abbildung 2 Wenn Sie an alle Vor- und Nachteile von Deutschlands EU-Mitgliedschaft denken, wie bewerten Sie da Deutschlands finanziellen Beitrag zur EU?



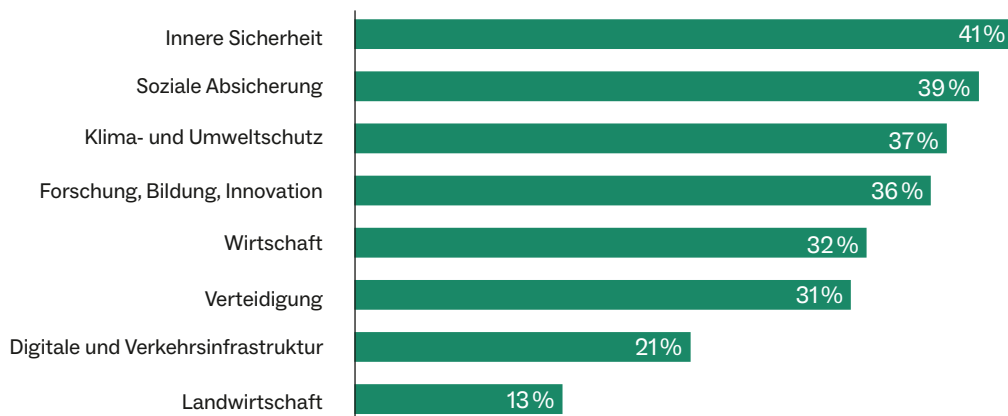
Bemerkenswert ist zudem, dass die Skepsis hinsichtlich der Höhe des deutschen Beitrags durch alle Einkommensgruppen hinweg kaum schwankt. Diese Haltung spiegelt die deutsche mediale Debatte rund um den EU-Haushalt wider, die stark von der Rolle Deutschlands als größtem Nettozahler (vgl. Busch et al. 2025: 4) geprägt ist (vgl. Hamdani 2024). Zur Einordnung ist es an dieser Stelle wichtig, zu erwähnen, dass Deutschland durch die Mitgliedschaft im europäischen Binnenmarkt erhebliche Wohlstandsgewinne pro Kopf verzeichnet (vgl. Mion / Ponattu 2019) und dass Investitionen innerhalb des Binnenmarkts positive fiskalische Übertragungseffekte für Nachbarstaaten haben (vgl. Humpelstetter et al. 2026).

3.2 Prioritäten für zusätzliche EU-Investitionen verschieben sich: Verteidigung sinkt, Klima und Soziales steigen

Während der deutsche Beitrag zum EU-Haushalt in seiner Höhe allgemein skeptisch gesehen wird, liefert der Blick auf konkrete Prioritäten für mehr *gemeinsame* Ausgaben ein differenzierteres Bild (s. Abbildung 3). Hier bestätigt sich die Tendenz der letzten Jahre, dass der Anteil an Befragten, die „in keinem Bereich“ zusätzliche Ausgaben befürworten, marginal bleibt (5 %). Bei der Priorisierung von Ausgabenbereichen lassen sich jedoch Verschiebungen beobachten (s. Abbildung 4). An erster Stelle steht nach Meinung der Befragten die innere Sicherheit (41 %). Die Zustimmung zu diesem Bereich hat sich in den letzten drei Jahren zwar nicht wesentlich verändert, allerdings ist die Gewichtung im Verhältnis zu anderen Bereichen gestiegen. So hat insbesondere die Präferenz für zusätzliche Verteidigungsausgaben abgenommen und steht nun nicht mehr an erster Stelle (2025: 52 % und 2026: 31 %). Zwei andere Prioritäten sind in der Rangfolge deutlich nach oben gerückt: soziale Absicherung (2025: 23 % und 2026: 39 %) sowie Klima- und Umweltschutz (2025: 25 % und 2026: 37 %). Andere Bereiche wie Forschung, Bildung und Innovation (36 %), Wirtschaft (32 %) oder Digital- und Verkehrsinfrastruktur (21 %) veränderten sich im Vergleich zum Vorjahr kaum.

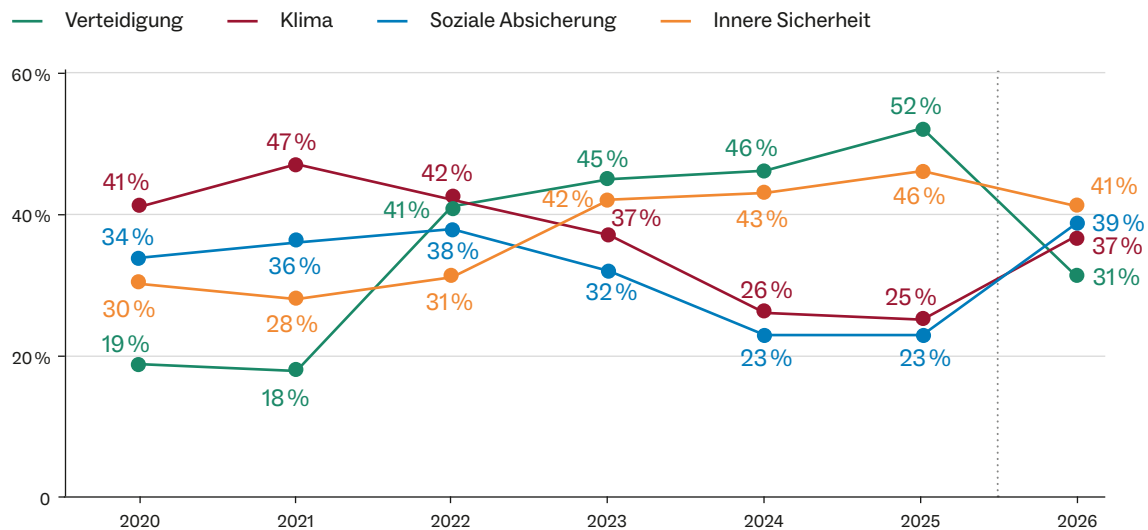
Abbildung 3 In welchen dieser Bereiche würden Sie es begrüßen, wenn Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten in der EU mehr Geld ausgeben würden?

Hinweis: Mehrfachauswahl möglich (max. 3)



Die Bedeutung der Bereiche variiert nach verschiedenen Merkmalen und Variablen. Das Thema innere Sicherheit ist für Menschen, die in der EU-Mitgliedschaft eher Nachteile sehen, überdurchschnittlich wichtig (50 %). Soziale Absicherung liegt für Befragte aus einkommensschwächeren Haushalten (50 %) und für Menschen aus Ostdeutschland (48 %) jeweils mit überdurchschnittlichen Werten auf Platz eins. Verteidigungsausgaben hingegen liegen in Ostdeutschland mit 23 % und bei einkommensschwächeren Haushalten mit 25 % unter dem Durchschnitt. Klima- und

Abbildung 4 In welchen dieser Bereiche würden Sie es begrüßen, wenn Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten in der EU mehr Geld ausgeben würden?



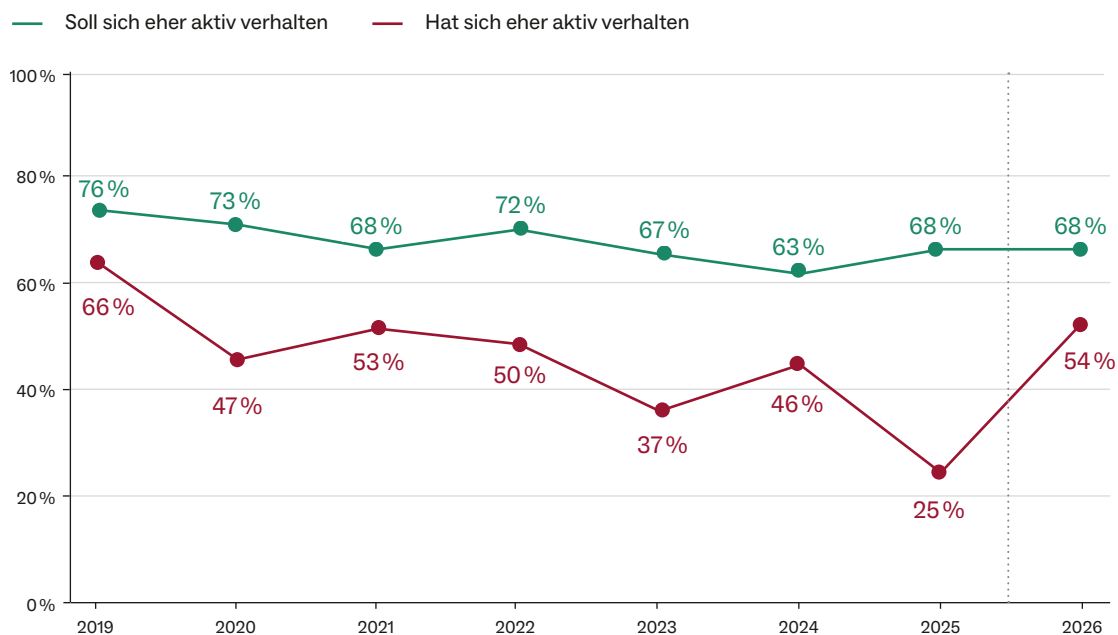
Umweltschutz ist für Haushalte mit niedrigem Einkommen eines der wichtigsten Themen (39 %). In Ostdeutschland befürworten jedoch nur 32 % der Befragten mehr Ausgaben in diesem Bereich. Sie erwarten stattdessen mehr Investitionen in Forschung, Bildung und Innovation (43 %) als die Befragten in Westdeutschland (34 %).

Darüber hinaus unterscheiden sich die Prioritäten auch nach Parteipräferenz. Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU legen ihre Schwerpunkte auf Verteidigung (51 %), innere Sicherheit (48 %) und Wirtschaft (43 %). Im Lager der SPD stehen Klima- und Umweltschutz (53 %), Verteidigung (42 %) und soziale Absicherung (41 %) an der Spitze. Bei den Grünen liegt der Klima- und Umweltschutz mit 84 % klar vorne, gefolgt von Forschung, Bildung und Innovation (46 %) und sozialer Absicherung (31 %). Im Lager der Linken werden soziale Absicherung (66 %), Klima- und Umweltschutz (61 %) sowie Forschung, Bildung und Innovation (47 %) am stärksten gewichtet. Bei der AfD sind die drängendsten Themen innere Sicherheit (53 %), soziale Absicherung (41 %) und Wirtschaft (40 %). Wählerinnen und Wähler des BSW priorisieren soziale Absicherung (55 %), Forschung, Bildung und Innovation (38 %) und Wirtschaft (35 %). Zusammenfassend lässt sich ein Mitte-links-Cluster aus SPD, Grünen und Linken identifizieren, in dem Klima- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung bei allen drei Wählergruppen unter den ersten drei Prioritäten rangieren. Die Anhänger der Grünen und Linken priorisieren zudem stark das Thema Forschung, Bildung und Innovation. Die Wählerinnen und Wähler der Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD überschneiden sich nur in ihrer überdurchschnittlichen Priorisierung von Verteidigungsausgaben. Menschen mit CDU/CSU- und AfD-Präferenz teilen eine thematische Schnittmenge in der jeweils hohen Gewichtung von innerer Sicherheit und Wirtschaft. BSW-Wählerinnen und -Wähler verbindet einerseits die Priorisierung von sozialer Absicherung und Forschung, Bildung und Innovation mit Personen, die sich Grünen und Linken zuordnen, andererseits die Themenfelder soziale Absicherung und Wirtschaft mit dem AfD-Lager.

3.3 Aktive Rolle bleibt gefragt; Kooperation wird stärker wahrgenommen – aber weniger gewünscht

Angesichts seiner Größe und seines finanziellen Beitrags ist Deutschland ein wichtiger Akteur in der EU mit großem politischem Gewicht. Beim Auftreten Deutschlands in der EU bestätigt sich ein Trend: Mehr als zwei Drittel der Befragten (68 %) sind überzeugt, dass Deutschland in der EU eher aktiv sein sollte (s. Abbildung 5). Diese Haltung hat sich seit Beginn der Erhebung im Jahr 2019 kaum verändert. Die Frage nach der tatsächlich wahrgenommenen Handlungsfähigkeit Deutschlands in der EU – also ob sich die Bundesregierung in Brüssel zuletzt eher aktiv verhalten hat – zeichnet ein volatileres Bild. Nach einem Abwärtstrend der vergangenen Jahre zeigt die aktuelle Erhebung nun wieder eine mehrheitliche Wahrnehmung eines aktiven Auftretens (54 %). Dieser Aufwärtstrend könnte auf Bundeskanzler Merz zurückzuführen sein, der bei seinem Amtsantritt versprach, ein außenpolitischer Kanzler zu werden und in Brüssel eine Führungsrolle übernehmen zu wollen (vgl. Mayr 2025).

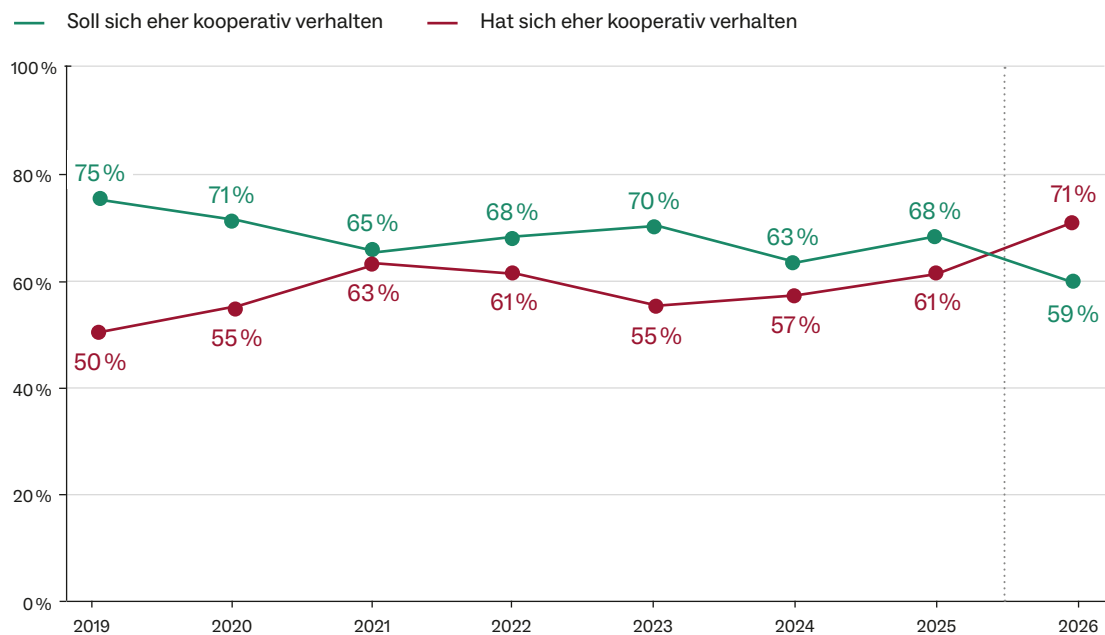
Abbildung 5 Soll/hat sich Deutschland in letzter Zeit in der EU eher aktiv oder eher weniger aktiv verhalten?



Gleichzeitig hat sich hinsichtlich der gewünschten Form der Zusammenarbeit in der EU etwas verändert (s. Abbildung 6). Die Meinung, dass Deutschland eher mit anderen Ländern kooperieren sollte (anstatt ihnen gegenüber dominant aufzutreten), teilen seit Beginn der Erhebung viele der Befragten. In diesem Jahr sank ihr Anteil mit 59 % zum ersten Mal unter die 60-Prozent-Marke (2025: 68 %). Die Präferenz für ein „eher dominantes“ Verhalten Deutschlands ist mit 54 % im AfD-Lager am stärksten ausgeprägt,

während die Präferenz für „eher kooperatives“ Verhalten von Wählerinnen und Wählern aller demokratischen Parteien geteilt wird. Der Blick auf den Ist-Zustand zeigt eine weitere Veränderung. Auf die Frage, ob Deutschland sich gegenüber anderen EU-Ländern zuletzt eher kooperativ oder eher dominant verhalten habe, nehmen 71 % der Befragten Deutschland im Rückblick als kooperativ wahr – ein Plus von 10 Prozentpunkten und zugleich der höchste bislang gemessene Wert. Erstmals wird Deutschland damit rückblickend kooperativer wahrgenommen, als es sich die Befragten für die Zukunft wünschen.

Abbildung 6 Soll/hat sich Deutschland gegenüber den anderen EU-Ländern eher dominant oder eher kooperativ verhalten?



3.4 Mehrheit für Kompromisse statt Alleingänge – doch nicht auf Kosten von Blockaden

Der leichte Abwärtstrend hinsichtlich des gewünschten kooperativen Verhaltens ist jedoch vor dem Hintergrund einer Mehrheit für Kompromisse in der Entscheidungsfindung zu sehen (s. Abbildung 7). Die Befragten stimmen mehrheitlich zu, dass „gemeinsame europäische Entscheidungen für ein starkes Europa“ wichtiger sind, „auch wenn Deutschland dafür Kompromisse eingehen muss“ (59 %). Diese Meinung ist in Westdeutschland (60 %) verbreiteter als in Ostdeutschland (53 %). Menschen, die ihre finanzielle Lage subjektiv besser einschätzen, befürworten eher europäische Kompromisse (67 %) als Befragte mit schwierigen Einkommensverhältnissen, die eher eigenständige Entscheidungen Deutschlands bevorzugen (48 %). Auch das Alter spielt eine Rolle: Die jüngste (18–29) und die älteste Altersgruppe (70+) sind am ehesten bereit, zum Wohle eines starken Europas Kompromisse einzugehen (67 % bzw. 70 %). Diese

Position wird auch von den Lagern aller demokratischen Parteien unterstützt, insbesondere von den Grünen (91 %), der SPD (80 %), der Linken (78 %) und der CDU/CSU (74 %). Demgegenüber sind Befragte mit AfD-Wahlabsicht mehrheitlich der Ansicht, dass „möglichst eigenständige Entscheidungen Deutschlands, auch wenn Europa dadurch schwächer bleibt“, der richtige Ansatz für die Zusammenarbeit in Europa sind (75 %). Die unterschiedlichen Einstellungen zur europäischen Integration und zur Rolle Deutschlands in der EU verdeutlichen eine Kluft zwischen den Parteien der Mitte und dem rechten Rand.

Bei genauerer Nachfrage zeigt sich hinsichtlich der Entscheidungsfindung, dass die Befragten Kompromisse im Prinzip gutheißen, Blockadehaltungen hingegen ablehnen (s. Abbildung 8). So ist die breite Mehrheit (72 %) über alle Variablen hinweg der Ansicht, dass sich EU-Mitgliedstaaten im Falle von Blockaden durch fehlende Einstimmigkeit untereinander zusammenschließen können sollten, um gemeinsam voranzugehen – auch ohne die anderen. Auch wenn die Motivation hinter dieser Einstellung offen bleibt, so ist doch bemerkenswert, dass sie quer durch alle politischen Lager mehrheitlich geteilt wird. In der Praxis übersetzt sich dies in Opt-in- und Opt-out-Möglichkeiten bei bestimmten politischen Maßnahmen zur Integration im Rahmen des Instruments der verstärkten Zusammenarbeit, wie etwa beim Schengener Abkommen oder der Eurozone. Das Bild ist also differenziert: Kompromisse und gemeinsame Entscheidungen werden befürwortet, doch auf Blockaden durch Vetos sollte nach Meinung der Befragten mit Flexibilität und Vorreiterkoalitionen reagiert werden, die es einzelnen Staaten ermöglichen, bei gemeinsamen Projekten voranzugehen – auch ohne die anderen.

Abbildung 7 Vieles entscheidet Deutschland in der EU gemeinsam mit den anderen Ländern. Was ist Ihnen wichtiger?

- Möglichst eigenständige Entscheidungen Deutschlands, auch wenn Europa dadurch schwächer bleibt
- Gemeinsame europäische Entscheidungen für ein starkes Europa, auch wenn Deutschland dafür Kompromisse eingehen muss

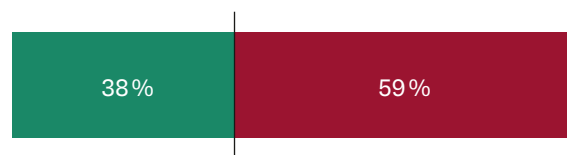
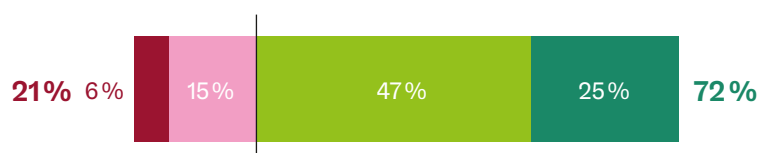


Abbildung 8 In der EU müssen manche Entscheidungen (z. B. bei Verteidigung) einstimmig getroffen werden. Das sichert, dass alle dahinterstehen, kann aber auch zu Blockaden führen. Inwiefern stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

EU-Mitgliedstaaten, die vorangehen wollen, sollten sich untereinander zusammenschließen können – auch ohne die anderen.

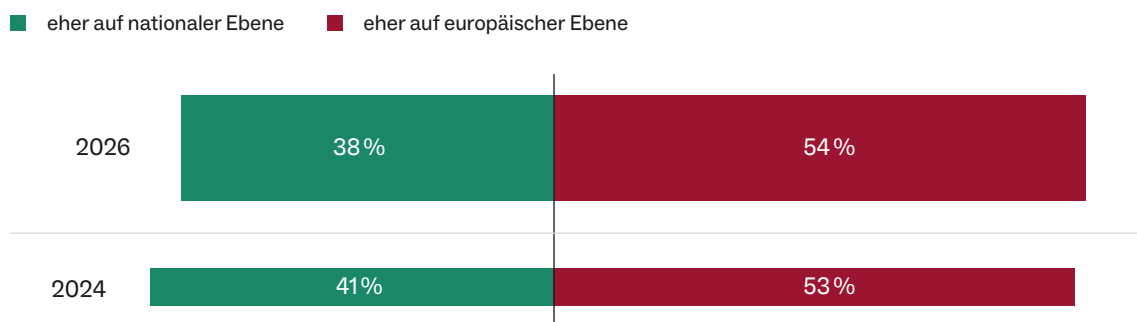
- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu



3.5 Vertrauen in die EU zur Bewältigung von Krisen wird in fast allen Bereichen bestätigt

Eine zentrale Frage im aktuellen politischen Kontext ist, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger der EU zutrauen, aktuelle Krisen zu lösen. Allgemein sind die Befragten stärker davon überzeugt, dass die heutigen Krisen eher auf EU-Ebene (54 %) als auf nationaler Ebene (38 %) gelöst werden können (s. Abbildung 9). Diese Einschätzung hat sich im Vergleich zum Jahr 2024 kaum verändert und umfasst nicht nur das pro-europäischste Lager der Grünen (81 %), sondern auch die Mehrheit der anderen demokratischen Parteien: Rund zwei Drittel der Befragten mit Wahlabsicht CDU/CSU, SPD und Linke teilen diese Ansicht. Eine diametral entgegengesetzte Meinung vertreten Menschen im Lager der AfD und des BSW, wo eine vergleichbar große Mehrheit die nationale als die richtige Ebene zur Bewältigung der heutigen Herausforderungen ansieht (AfD: 63 %; BSW: 62 %).

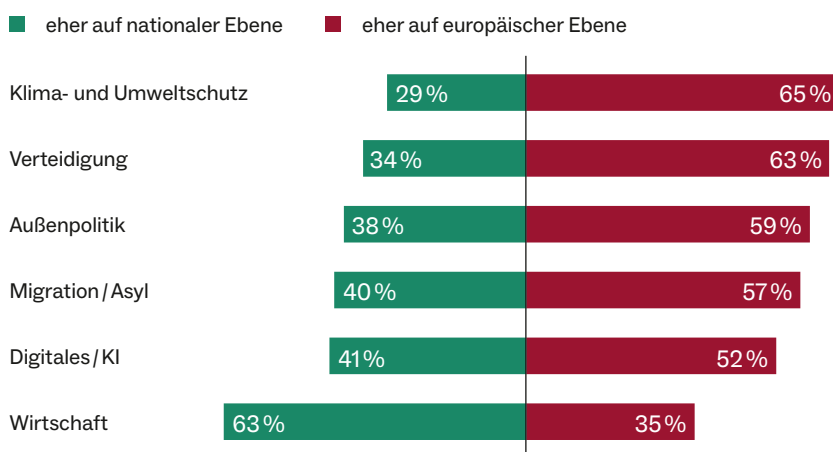
Abbildung 9 Können die aktuellen Krisen eher auf nationaler oder eher auf europäischer Ebene gelöst werden?



Um dieses Bild zu konkretisieren, wurde für sechs wichtige Politikbereiche (Klima- und Umweltschutz, Verteidigung, Außenpolitik, Migration/Asyl, Digitales/KI, Wirtschaft) die Präferenz für ein nationales oder europäisches Vorgehen abgefragt (s. Abbildung 10). In allen Bereichen – mit Ausnahme der Wirtschaft – wünscht sich die Mehrheit der Befragten Lösungen auf europäischer statt auf nationaler Ebene. Insbesondere werden Klima- und Umweltschutz (65 %), Verteidigung (63 %) und Außenpolitik (59 %) als europäische Aufgaben angesehen. Auch für die Bereiche Migration/Asyl (57 %) sowie Digitales/KI (52 %) sprechen sich Mehrheiten für europäische Lösungen aus. Der Bereich der Wirtschaft bildet eine ebenso interessante wie deutliche Ausnahme: 63 % der Befragten fordern hier nationale Ansätze. Dieses Ergebnis überrascht insofern, als die Befragung insgesamt keinen Rückschluss auf eine allgemeine EU-Skepsis zulässt. Gleichwohl bevorzugen Befragte aller politischen Lager (mit Ausnahme der Grünen, wo eine kleinere Mehrheit von 55 % europäische Lösungen bevorzugt) nationale Lösungen für wirtschaftliche Probleme. Der überwiegend nationale Fokus im Bereich der Wirtschaft lässt vermuten, dass die erheblichen Vorteile des europäischen Binnenmarkts hierzulande noch nicht hinreichend vermittelt wurden oder als solche nicht sichtbar

sind. Das betrifft unter anderem seine Funktion als Absatzmarkt deutscher Exporte – insbesondere als Ausgleich für sinkende Exporte nach China (vgl. Tagesschau 2026) – sowie das Wachstumspotenzial, das in seiner weiteren Vertiefung liegt (vgl. Kammer 2026).

Abbildung 10 Können die aktuellen Krisen eher auf nationaler oder eher auf europäischer Ebene gelöst werden?

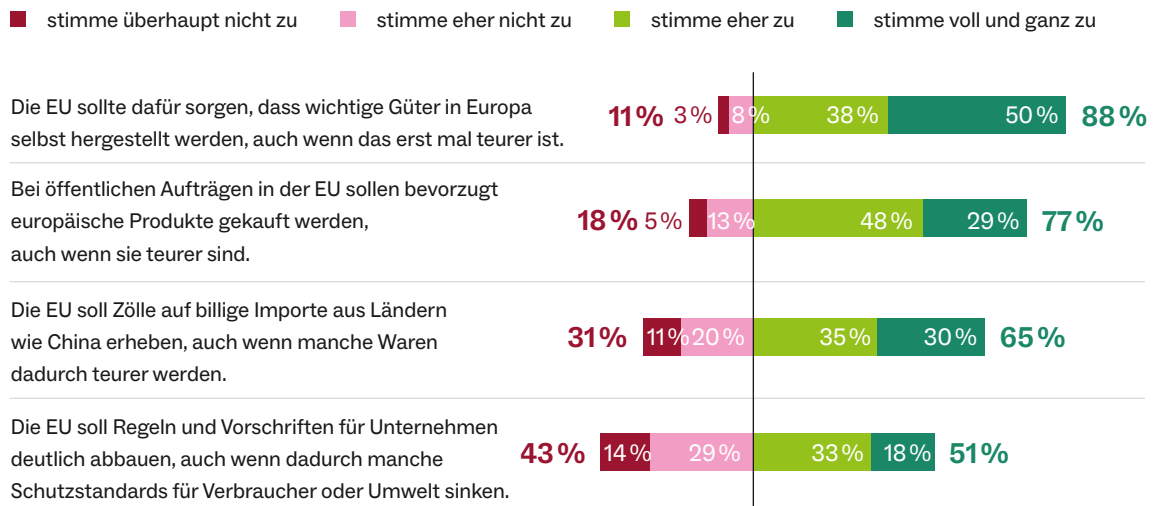


3.6 Hoher Rückhalt für gezielte Maßnahmen zur Stärkung europäischer Industrie; Kosten werden in Kauf genommen

An das Ergebnis, dass die Befragten im Bereich der Wirtschaft mehrheitlich die nationale Ebene zur Problemlösung priorisieren, schließt sich die Frage an, wie sie einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen bewerten, die die europäische Wirtschaft stärker und eigenständiger machen sollen (s. Abbildung 11). Die Maßnahmen wurden einzeln und nicht vergleichend bewertet. Hier zeigt sich ein interessantes Bild, denn die Zustimmung für industrie- oder handelspolitische Instrumente zum Schutz der europäischen Industrie ist hoch. So stimmen 88 % der Befragten „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass die EU dafür sorgen sollte, „dass wichtige Güter in Europa selbst hergestellt werden, auch wenn das erst mal teurer ist“ („Onshoring“). Gut drei Viertel der Befragten befürworten, dass bei öffentlichen Aufträgen in der EU „bevorzugt europäische Produkte gekauft werden sollen, auch wenn sie teurer sind“ („Buy European“). Von Zöllen auf billige Importe aus China, auch wenn manche Waren dadurch teurer werden, sind 65 % überzeugt. Der Abbau von Regeln und Vorschriften, auch wenn dadurch Schutzstandards für Verbraucher und Umwelt sinken, findet bei 51 % Zustimmung. Ausgewertet nach Parteipräferenz zeigen die Daten für alle politischen Lager den höchsten Zustimmungswert für die Herstellung wichtiger Güter in Europa trotz höherer Preise. Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass sich die Bewertung nur sehr geringfügig unterscheidet (max. 4 Prozentpunkte), wenn nur die Befragten ausgewertet werden, die sich für nationale Lösungen im Bereich Wirtschaft aussprechen. Besonders

bemerkenswert ist, dass in der Fragestellung explizit die mit den jeweiligen Maßnahmen verbundenen Kosten erwähnt wurden und die Zustimmung dennoch sehr hoch ist. Das lässt vermuten, dass die Befragten auf europäischer Ebene Verbesserungsbedarf im Bereich der Industrie- und Handelspolitik sehen, mit dem Ziel einer resilienten und souveräneren europäischen Wirtschaft.

Abbildung 11 Es gibt verschiedene Vorschläge, wie Europas Wirtschaft stärker und eigenständiger werden könnte. Wie stehen Sie zu den folgenden Vorschlägen?



3.7 Klare Mehrheit für mehr Unabhängigkeit von den USA; geteilte Ansichten über Zielbild neuer Partnerschaften

Die dynamische geopolitische Lage stellt die EU vor große Herausforderungen – insbesondere hinsichtlich der Stabilität ihrer bisherigen Bündnisse. Vor allem die transatlantische Partnerschaft mit den USA ist durch Donald Trumps Zollpolitik und Zweifel an der Verlässlichkeit der USA als Partner in der europäischen Sicherheitsarchitektur zerrüttet. In diesem Zusammenhang werden die vielschichtigen geoökonomischen Abhängigkeiten Europas von den USA deutlich, die nun einen Strategiewandel und die Suche nach neuen Allianzen erfordern. Vor diesem Hintergrund werden auf vielen Ebenen neue Partnerschaften angestrebt. Beispielhaft dafür stehen neue Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten und Indien, aber auch das von der EU mitinitiierte plurilaterale Bündnis „Partner für Multilateralismus“ – zur „Förderung von Frieden, Stabilität, inklusiver und nachhaltiger Entwicklung, gemeinsamem Wohlstand, Menschenwürde und Rechten für alle“. Auch die Einladung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an Kanada, das Land als erstes „assoziertes Mitglied“ der EU aufzunehmen, ist in diesem Kontext zu verstehen.

Unter den Befragten herrscht ein weitgehender Konsens darüber, dass Europa neue Partnerschaften anstreben und unabhängiger von den USA werden sollte (s. Abbildung 12). Mit 76 % der Befragten unterstützen rund drei Viertel diese Bemühungen. Interessanterweise wird diese Ansicht über alle Parteipräferenzen hinweg mehrheitlich geteilt (besonders stark bei den Wählerinnen und Wählern der Linken: 90 %, den Grünen: 86 %, und der SPD: 83 %), so auch im Lager der AfD (65 %). Gleichermäßen trifft dies auf Ost- und Westdeutschland (beide 76 %) sowie Städte und ländliche Regionen (76 % gegenüber 77 %) zu und kann zudem einkommensunabhängig identifiziert werden. Dies untermauert andere aktuelle Forschungsergebnisse in diesem Bereich (vgl. Kommer / Bohrn 2026).

Doch damit bleibt die Frage nach dem gemeinsamen Nenner für diese neuen Partnerschaften noch unbeantwortet. Die Befragten sollten daher auswählen, woran sich die EU bei neuen Partnerschaften eher orientieren sollte – an der Stärkung gemeinsamer Werte wie Demokratie und Menschenrechte oder am wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Nutzen für die EU. Hier sind die Meinungen geteilt (s. Abbildung 13). Eine knappe relative Mehrheit von 49 % spricht sich dafür aus, dass sich neue Bündnisse eher daran orientieren, dass sie gemeinsame Werte wie Demokratie und Menschenrechte stärken, während 47 % der Meinung sind, dass neue Partnerschaften eher auf den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Nutzen für die EU ausgerichtet sein sollten. Die Unterschiede werden deutlicher, wenn man die Ergebnisse nach Parteipräferenz aufschlüsselt: Wählerinnen und Wähler von mitte-links-Parteien bevorzugen werteorientierte Partnerschaften (Die Linke: 75 %; Grüne: 73 %; SPD: 60 %), während für 58 % im CDU/CSU-Lager der wirtschaftliche und sicherheitspolitische Nutzen im Vordergrund stehen sollte. Befragte mit AfD-Wahlabsicht entscheiden sich ebenfalls vorrangig für wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen (63 %). Zudem besteht eine starke positive lineare Korrelation zwischen der Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft als vorteilhaft und der Präferenz für gemeinsame Werte als Leitbild neuer Partnerschaften.

Abbildung 12 Zurzeit wird viel darüber diskutiert, wie Europa mit den USA umgehen sollte. Wofür sollte sich Deutschland vor allem einsetzen?

- dafür, dass Europa weiter eng mit den USA zusammenarbeitet
- dafür, dass Europa neue Partnerschaften mit anderen Ländern sucht und unabhängiger von den USA wird

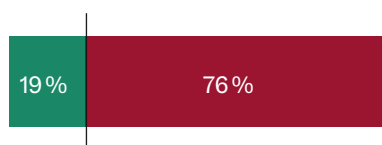


Abbildung 13 Woran sollte sich die EU bei neuen Partnerschaften vor allem orientieren?

- eher daran, dass sie der EU wirtschaftlich und sicherheitspolitisch nutzen
- eher daran, dass sie gemeinsame Werte wie Demokratie und Menschenrechte stärken

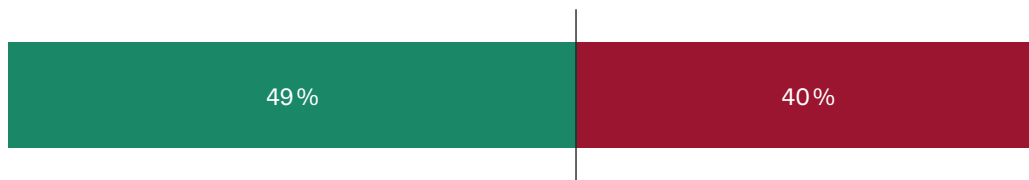


3.8 Knappe Mehrheit gegen EU-Erweiterung; AfD-Lager der treibende Faktor

Für das Ziel, die europäische Souveränität zu stärken, sind jedoch nicht nur neue Allianzen mit internationalen Partnern entscheidend – auch der Erweiterung der EU kommt eine große Bedeutung zu. Eine Erweiterung um die Ukraine, Moldau und mehrere Länder des Westbalkans wird allerdings von den Befragten mit relativer Mehrheit skeptisch gesehen (s. Abbildung 14). So befürworten nur 40 % der Befragten ein Engagement der Bundesregierung für die Aufnahme neuer EU-Mitglieder, während 49 % dies ablehnen. Zur Einordnung ist es wichtig, die klare Differenz zwischen Anhängerinnen und Anhängern demokratischer Parteien und denen der AfD aufzuzeigen. So gibt es in den Lagern von CDU/CSU (48 %), SPD (57 %), Grüne (67 %) und Linke (57 %) eine (relative) Mehrheit für eine EU-Erweiterung, während die Befragten mit AfD-Wahlabsicht mit 81 % klar dagegen sind. Hinsichtlich der soziodemografischen Merkmale lassen sich keine erheblichen Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt feststellen. Hervorzuheben ist jedoch, dass eine relative Mehrheit (49 %) in der jüngsten Altersgruppe (18–29 Jahre) einer Erweiterung positiv gegenübersteht. Die Ergebnisse lassen auch Rückschlüsse auf den Einfluss der medialen Debatte in den vergangenen Jahren zu. Diese war maßgeblich von möglichen Herausforderungen wie der Handlungsfähigkeit einer größeren EU oder den damit verbundenen Kosten geprägt. Auch dominierten Meldungen über illiberale, euroskeptische Regierungen in einigen der jüngeren Mitgliedstaaten die Berichterstattung. Die Ergebnisse zeigen, dass die Erweiterung der EU in der deutschen Öffentlichkeit noch vor großen Herausforderungen steht.

Abbildung 14 Zurzeit möchten mehrere Länder der EU beitreten, darunter die Ukraine, Moldau und einige Länder des westlichen Balkans. Wofür sollte sich Deutschland grundsätzlich einsetzen?

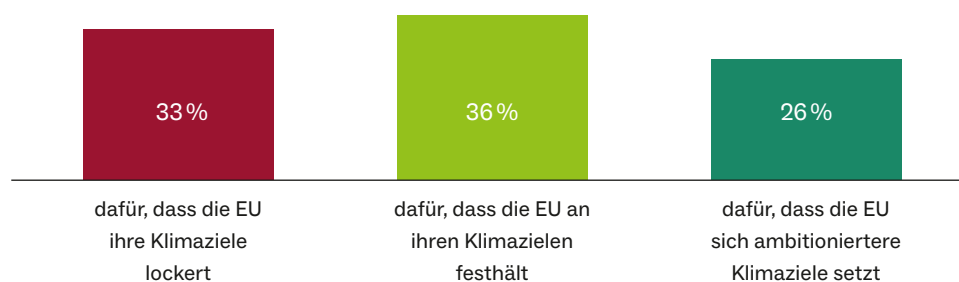
- dafür, dass die EU keine neuen Mitglieder aufnimmt
- dafür, dass die EU neue Mitglieder aufnimmt



3.9 Mehrheit gegen eine Lockerung der Klimaziele

Eine Mehrheit von 62 % fordert von der Bundesregierung, sich in Brüssel dafür einzusetzen, dass die EU an ihren Klimazielen festhält (36 %) oder sich noch ambitioniertere Ziele setzt (26 %). Demgegenüber wünschen sich 33 % der Befragten von der Bundesregierung, dass sie sich für eine Lockerung der EU-Klimaziele einsetzt (s. Abbildung 15). Diese Ansicht findet sich besonders häufig unter Befragten, die in der EU-Mitgliedschaft Deutschlands eher Nachteile sehen (+26 Prozentpunkte über dem Durchschnitt). Mit Blick auf die Altersgruppen plädieren überdurchschnittlich viele der jüngsten (18–29 Jahre, 70 %) und der ältesten (70+ Jahre, 68 %) Befragten dafür, an den Klimazielen festzuhalten oder diese auszubauen. Die klimapolitischen Einstellungen sind dabei stark polarisiert zwischen den politischen Lagern der demokratischen Parteien und dem der AfD. Das hat in der Auswertung nach Parteipräferenz starke Abweichungen vom Durchschnitt (62 %) zur Folge. So sprechen sich Anhängerinnen und Anhänger der CDU/CSU (64 %, +2 Prozentpunkte), SPD (83 %, +21 Prozentpunkte), Grünen (97 %, +35 Prozentpunkte) und Linken (88 %, +26 Prozentpunkte) für das aktuelle oder ein höheres Ambitionsniveau aus. Diese Ausrichtung wird nur von 27 % der Anhängerinnen und Anhänger der AfD begrüßt (-35 Prozentpunkte). Angesichts des diesjährigen Hitzesommers in weiten Teilen Europas und erschütternder Bilder globaler Klimakatastrophen erscheint der Anstieg von Klima- und Umweltschutz als Priorität nachvollziehbar: Während jüngere Generationen die Klimakrise als unmittelbare Bedrohung ihrer Zukunft erleben, sind ältere Menschen insbesondere bei extremer Hitze besonders vulnerabel. Doch Klima- und Umweltschutz sind nicht nur aus Generationenperspektive eine Priorität. So fordern europäische Unternehmen ein robustes Klimaziel und Planungssicherheit, um die Wirtschaft widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger zu machen (vgl. Corporate Leaders Groups 2025). Auch die Finanzbranche berücksichtigt zunehmend die Risiken durch Klimaschäden (vgl. Costa 2026).

Abbildung 15 Im Rahmen ihrer Klimapolitik hat sich die EU das Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu sein. Wofür sollte sich Deutschland einsetzen?



Die Auswertung der Ergebnisse der vorherigen drei Unterkapitel zeigt, dass eine Tendenz erkennbar ist, welche Positionen oft zusammen auftreten. So sprechen sich Befragte, die für mehr europäische Unabhängigkeit von den USA plädieren, mehrheitlich auch dafür aus, dass die Bundesregierung auf die Beibehaltung oder die Anhebung der EU-Klimaziele hinwirkt und dass die EU neue Mitglieder aufnehmen sollte.

4 Politische Ableitungen und Handlungsempfehlungen

Kooperative Souveränität aufbauen

Der Wunsch nach europäischer Souveränität zieht sich als Leitmotiv durch die Ergebnisse. Einerseits zeigt er sich in der Forderung nach einer aktiven Rolle Deutschlands in der EU sowie in der Zustimmung, „Vorreiterkoalitionen“ einzugehen, um innerhalb der Union ambitionierte politische Ziele zu verwirklichen und die Integration zu vertiefen. Auch in der Präferenz für europäische Krisenbewältigung und für Maßnahmen zum Schutz der heimischen Industrie findet sich dieses Motiv wieder. Andererseits sollte die EU aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger auch nach außen Souveränität aufbauen. So sieht eine große Mehrheit der Befragten die Notwendigkeit, unabhängiger von den USA zu werden. Doch diese Souveränität sollte kooperativ sein, etwa im Rahmen globaler Partnerschaften, die sowohl nutzen- als auch werteorientiert sein sollten. Die deutsche Europapolitik sollte deshalb proaktiv zum Aufbau einer „vernetzten Souveränität“ Europas beitragen (vgl. Tordoir 2026).

Den Binnenmarkt vertiefen und Europas Industrien stärken

Die Ergebnisse der Studie zeigen einen doppelten Handlungsauftrag für die europäische Wirtschaftspolitik der Bundesregierung: Obwohl die Befragten mehrheitlich nationale Lösungen der Wirtschaftskrise bevorzugen, erfordern die Integration der deutschen Wirtschaft in den EU-Binnenmarkt und die geopolitischen Ursachen der aktuellen Herausforderungen europäische Antworten. Die Bundesregierung sollte deshalb stärker vermitteln, wie viel Potenzial in einer weiteren Vertiefung des Binnenmarkts liegt. Zugleich befürworteten die Befragten (auch jene, die nationale Lösungen präferieren) mit großer Mehrheit europäische Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit, zum Beispiel die Produktion wichtiger Güter in Europa, den bevorzugten Einkauf europäischer Produkte bei öffentlichen Aufträgen („Buy European“) oder handelspolitische Schutzmaßnahmen gegenüber China. Die Bundesregierung sollte daher eine europäische Wirtschaftspolitik unterstützen, die den Binnenmarkt durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Kapitalmarktunion vertieft und die europäische Industrie durch gemeinsame Investitionen und passende industriepolitische Instrumente gezielt stärkt. Dadurch kann auch die Wahrnehmung der EU als kompetente Akteurin zur Lösung wirtschaftlicher Herausforderungen gestärkt werden.

Keinen Ambitionsverlust bei den Klimazielen zulassen

Eine klare Mehrheit der Befragten unterstützt das aktuelle oder ein höheres Ambitionsniveau der EU-Klimaziele. Auch mehr gemeinsame Investitionen in den Klima- und

Umweltschutz haben im Vergleich zum Vorjahr deutlich an Bedeutung hinzugewonnen. Insbesondere junge Altersgruppen bringen diese Forderungen stark zum Ausdruck. Die Bundesregierung sollte deshalb dem mehrheitlich ausgesprochenen Wunsch der Befragten nachkommen und die europäischen Klimaziele aktiv verteidigen.

Die soziale Dimension der EU stärken

Der Anteil der Befragten, der sich mehr gemeinsame Ausgaben im Bereich sozialer Absicherung wünscht, ist im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen – das ist ein deutliches Zeichen. Derzeit sind im Bereich der Sozialpolitik die Kompetenzen der EU auf Richtlinien für Schutz- und Mindeststandards, zur Harmonisierung und gegen Diskriminierung sowie auf einzelne Finanzierungsinstrumente wie den Europäischen Sozialfonds (ESF+) beschränkt. Vor dem Hintergrund von Sozialkürzungen auf nationaler Ebene ist es aber nachvollziehbar, dass die Befragten auf europäischer Ebene eine Lücke wahrnehmen. Die deutsche Europapolitik sollte diesem Wunsch nachkommen und die soziale Dimension der EU stärken.

Europas Verteidigungsindustrie integrieren; hohe Kosten und Monopole vermeiden

Verteidigung hat als Bereich für mehr gemeinsame Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr deutlich an Priorität verloren. Gleichwohl fordert eine Mehrheit der Befragten europäische statt nationale Lösungen in diesem Politikfeld. Investitionen in die europäische Verteidigung bleiben notwendig. Aus den Ergebnissen ist erkennbar, dass diese nach Ansicht der Befragten jedoch europäisch koordiniert und kosteneffizient sein sollten. Die bisherigen Instrumente auf EU-Ebene konnten hier noch keinen nennenswerten Beitrag leisten. So wurde etwa ein Drittel der durch das SAFE-Instrument bereitgestellten Kredite für fragmentierte, rein nationale Beschaffungen verwendet, die oftmals nicht mit anderen Systemen kompatibel sind (vgl. Schumann / Maggiore 2026). Zudem wird die Abhängigkeit von den USA durch neue Langzeitverträge zu ungünstigen Bedingungen und mit erheblichen Risiken zementiert (vgl. Schweppe et al. 2026). Unterdessen verzeichnen Rüstungsunternehmen rasant steigende Gewinne (vgl. Rheinmetall 2026). Statt national gedachter Zielvorgaben und eines Fokus auf die Produkte und Marktanteile der regionalen Industrie braucht es von deutscher Seite einen klaren europäischen Ansatz, ausgerichtet auf Kosteneffizienz und Interoperabilität sowie die Vermeidung von Abhängigkeiten, Monopolen und Übergewinnen.

Den EU-Haushalt auf europäischen Mehrwert ausrichten

Die Befragten nehmen Deutschlands Beitrag zum EU-Haushalt mehrheitlich als zu hoch war. Das ist besorgniserregend und zeigt angesichts der hohen finanziellen Vorteile der EU-Mitgliedschaft, dass diese besser vermittelt werden müssen. Dabei sollten drei Aspekte berücksichtigt werden. Erstens: Mehr gemeinsame Investitionen

werden in vielen Bereichen befürwortet und sollten daher in der politischen Debatte stärker in den Vordergrund rücken als die Nettobilanz und der abstrakte gehaltene finanzielle Beitrag – insbesondere mit Blick auf Bereiche, die im Alltag der Menschen sichtbar sind und Vertrauen in die EU stärken können. Zweitens: Die von den Befragten geforderten europäischen Lösungen bedürfen ausreichender europäischer Finanzierung – was offen kommuniziert werden sollte. Drittens: Europäisches Geld muss effizient und mit Fokus auf europäischen Mehrwert eingesetzt werden. Ein EU-Haushalt, der auf Investitionen mit europäischem Mehrwert und Zukunftstechnologien ausgerichtet ist, schafft wirtschaftliche Impulse, die über eine reine Nettobilanz nicht erfasst werden. Die Bundesregierung sollte deshalb trotz der Skepsis der Befragten das von der Kommission vorgeschlagene Volumen als Zielmarke unterstützen und sich konstruktiv an der Suche nach neuen EU-Eigenmitteln beteiligen.

In die Kommunikation über Vorteile der EU-Erweiterung investieren

Die Erweiterung der EU steht mit Blick auf die öffentliche Wahrnehmung vor großen Herausforderungen. Dabei fällt die Bilanz der drei jüngsten Erweiterungen positiv aus: Der Binnenmarkt wurde gefestigt, die Mobilität erhöht, und es besteht ein höheres Maß an Sicherheit (vgl. European Commission 2025). Insbesondere die jüngste Altersgruppe steht einer Erweiterung offener gegenüber. Gerade ihr sollte deshalb eine faktenbasierte, chancenorientierte Erzählung an die Hand gegeben werden, die neben der geopolitischen Notwendigkeit und der Stärkung der Souveränität durch neue Mitglieder vor allem die praktischen Vorteile für beide Seiten betont. Hierfür sollten die positiven Erfahrungen der letzten Erweiterungen in den Vordergrund gestellt werden, vor allem jener von 2004, aber auch von 2007 und 2014.

Zustimmung zur EU durch positive Vision stärken

Im Vergleich zur ersten Befragung im Jahr 2019 hat der Rückenwind für proeuropäische Politik abgenommen. Dennoch ist eine anhaltend positive Grundstimmung der Befragten gegenüber der EU-Mitgliedschaft Deutschlands zu verzeichnen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten angesichts globaler Bedrohungen von der EU Souveränität (vgl. Opitz 2026) und nehmen sie als kompetente Akteurin zur Krisenbewältigung wahr. Diese positive Grundstimmung zur EU sollte durch eine positive Erzählung der EU gestärkt werden, die mit direktem Bezug zum täglichen Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger dem aktuell verbreiteten Unsicherheitsgefühl (vgl. Eurobarometer 2026) entgegenwirkt und Veränderungen verspricht. Die demokratischen Parteien Deutschlands verstehen sich aus gutem Grund als proeuropäisch. Vernachlässigen sie eine positive Vision für ein souveränes Europa, untergraben sie hierzulande ihre Legitimation.

Literaturverzeichnis

Busch, Berthold / Kauder, Björn / Sultan, Samina (2025): EU-Haushalt und Mitgliedstaaten. Wer ist Nettozahler, wer Nettoempfänger?; in: Institut der Deutschen Wirtschaft; 26.11.2025, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2025/IW-Report_2025-EU-Haushalt.pdf, Zugriff 07.10.2026

Corporate Leaders Groups (2025): Business and Investors call on the EU to Set a Greenhouse Gas Emissions Reduction Target of at least 90 % by 2040; in: Corporate Leaders Groups, University of Cambridge; 27.05.2025, <https://www.corporateleadersgroup.com/news/business-and-investors-call-eu-set-greenhouse-gas-emissions-reduction-target-least-90-2040>, Zugriff 12.10.2026

Costa, Moriah (2026): ECB expands its climate factor to shield the EU from climate-related shocks; in: Green Central Banking; 27.07.2026, <https://greencentralbanking.com/2026/07/27/ecb-expands-climate-factor/>, Zugriff 07.10.2026

Eurobarometer (2026): EP Spring 2026 survey; in: Eurobarometer; Juli 2026, <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3752>, Zugriff 07.10.2026

European Commission (2025): 20 years together. Facts and figures about the benefits of the enlargement for the EU; in: Commission.europa.eu; 18.02.2025, https://commission.europa.eu/topics/enlargement/20-years-together_en, Zugriff 07.10.2026

Eurostat (2026): Euro area annual inflation up to 3.3 %; in: ec.europa.eu; 1. September 2026, <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-euro-indicators/w/2-01092026-ap>, Zugriff 07.10.2026

Hamdani, Ilias (2024): Ist die EU ein Verlustgeschäft für Deutschland?; in: Tagesschau; 07.06.2024, <https://www.tagesschau.de/europawahl/eu/finanzen-106.html>, Zugriff 07.10.2026

Humpelstetter, Marlies / Dellinger, Fanny / Vasak, Jozef / Raab, Charlotte / Ulinski, Susanna / Franzelin, Miriam / Pedauga, Luis / Ferreira, Valeria / Rueda Cantuche, Jose Manuel (2026): The Recovery and Resilience Facility in Austria – Direct Impact and Spillover Effects; in: Commission.europa.eu ; 09.04.2026, https://economy-finance.ec.europa.eu/publications/recovery-and-resilience-facility-austria-direct-impact-and-spillover-effects_en, Zugriff 07.10.2026

Kammer, Alfred (2026): Reforming under pressure Europe`s agenda for robust growth and higher productivity; in: International Monetary Fund; 10.03.2026, <https://www.imf.org/en/news/articles/2026/03/11/sp031026-ak-ie-university-madrid>, Zugriff 07.10.2026

Kommer, Florian / Bohrn, Brandon (2026): Europäer:innen gehen auf Distanz zu den USA. Wunsch nach Eigenständigkeit wächst; in: Bertelsmann Stiftung; 07.05.2026, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2026/europaeerinnen-gehen-auf-distanz-zu-den-usa-wunsch-nach-eigenstaendigkeit-waechst>, Zugriff 07.10.2026

Mayr, Jakob (2025): Kann Merz Europa – und wenn ja, wie schnell?; in: Tagesschau; 24.02.2025, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/merz-europa-100.html>, Zugriff 07.10.2026

Mion, Giordano / Ponattu, Dominic (2019): Estimating economic benefits of the Single Market for European countries and regions; in: Bertelsmann Stiftung; Mai 2019, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_Study_SingleMarket.pdf, Zugriff 07.10.2026

Opitz, Friedrich (2026): Seismograph Sachsen. Die (Anti-)Zeitenwende in Transformationsregionen; in: DGAP; 08.09.2026, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/seismograph-sachsen>, Zugriff 07.10.2026

Rheinmetall (2026): Halbjahresfinanzbericht 2026. 1.1.–30.6.2026; in: Rheinmetall, 06.08.2026, <https://www.rheinmetall.com/Rheinmetall%20Group/Investor%20Relations/Ver%C3%B6ffentlichungen/2026/Q2/Rheinmetall-Halbjahresfinanzbericht-2026.pdf>, Zugriff 12.10.2026

Schumann, Harald / Maggiore, Maria (2026): The race to rearm. Fragmented military spending is costing Europe billions; in: Investigate Europe; 28.09.2026, <https://www.investigate-europe.eu/posts/the-race-to-rearm-fragmented-military-spending-is-costing-europe-billions--->, Zugriff 07.10.2026

Schweppe, Christian / Bartz, Joachim / Metzger, Nils (2026): US-Rüstungsdeals: Teure Knebelverträge für die Bundeswehr; in: ZDF heute; 29.09.2026, <https://www.zdfheute.de/politik/f-35-kampfflugzeug-usa-ruestung-geschaef-bundeswehr-100.html>, Zugriff 07.10.2026

Sigl-Glückner, Philippa / Inan, Mediha / Li, Aurora / Paleschke, Maximilian / Steitz, Janek / von Wangenheim, Sven (2026): Europe's Trump Cards. Why the continent has more leverage than it thinks; in: Dezernat Zukunft; 12.02.2026, <https://dezernatzukunft.org/publikationen/europes-trump-cards>, Zugriff 07.10.2026

Tagesschau (2026): Deutschlands Exporteure fassen Mut; in: Tagesschau; 26.08.2026, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/exporte-zuversicht-eu-100.html>, Zugriff 07.10.2026

Tordoir, Sander (2026): Vernetzte Souveränität: Europas Antwort auf China und die USA; in: Deutsch-Niederländische Handelskammer; 28.09.2026, <https://www.dnhk.org/de/news/2026/vernetzte-souveraenitaet-europas-antwort-auf-china-und-die-usa>, Zugriff 12.10.2026

Die Autor*innen

Dr. Maria Skóra arbeitet als Politikberaterin in Berlin und Brüssel und ist Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum.

Georg McCutcheon ist Politökonom und als Referent für Europapolitik in der Heinrich-Böll-Stiftung tätig.

Wir danken Christian Bothe, Anna Brehm, Franziska Busse, Tim Herrmann, Johannes Hillje, Jannik Jansen, Paul Jürgensen, Phillip Käding, Roderick Kefferpütz, Paul Kohlenberg, Nicole Loew, Maria Menzel-Meyer, Anton Möller, Daniela Ortlauf, Luisa Riemer, Linn Selle, Robert Sperfeld, Eva van de Rakt und Sebastian Wadle für ihre hilfreichen Kommentare und Impulse beim Design des Fragebogens und der Bearbeitung des Textes. Unser Dank gilt Leonie Schulz und Julius Bopp von pollytix für die fachliche Beratung. Die Autor*innen übernehmen die Verantwortung für die Richtigkeit und Genauigkeit der hier dargestellten Ergebnisse.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e. V.,
Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Fachkontakt: Georg McCutcheon, Referat EU & Nordamerika
E mccutcheon@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Oktober 2026

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Gestaltung: Stockmar+Walter (Fides Sigeneger, Mareike Walter)

Covermotiv: feinkost Designnetzwerk

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Weitere Studien und Schriften zum Downloaden unter:
www.boell.de/publikationen